Detailansicht des Registereintrags

Leibniz-Gemeinschaft

Aktuell seit 04.11.2026 11:13:56

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001765
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	04.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wissenschaft, Hochschule oder Forschungseinrichtung
Kontaktdaten:	Adresse: Chausseestraße 111 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302060490 E-Mail-Adressen: info@leibniz-gemeinschaft.de Webseiten: www.leibniz-gemeinschaft.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
510.001 bis 520.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2,51

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt**
   Funktion: Präsident
2. **Prof. Dr. Albert Sickmann**
   Funktion: Vizepräsident
3. **Dr. Martin Mittelbach**
   Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. **Dr. Bettina Böhm**
2. **Viktoria Konstanze Max**
3. **Dr. Jan Biesenbender**
4. **Dr. Veronika Thanner**
5. **Dr. Johannes Bronisch**
6. **Dr. Britta Horstmann**
7. **Claudia Labisch**
8. **Martin Lessing**
9. **Christine Wennrich**
10. **Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt**
11. **Prof. Dr. Albert Sickmann**
12. **Dr. Martin Mittelbach**

Gesamtzahl der Mitglieder:
96 Mitglieder am 01.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):
1. Allianz der Wissenschaftsorganisationen
2. Nationales MINT-Forum
3. Berliner Forschungsnetzwerk

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Internationale Beziehungen; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tierschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet als eingetragener Verein 96 eigenständige Forschungseinrichtungen. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer. Sie berät und informiert Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit in Form von Gesprächen und Veranstaltungsreihen, Stellungnahmen und Policy Papers.

Die Leibniz-Gemeinschaft vertritt die gemeinsamen Interessen der Mitgliedseinrichtungen gegenüber dem Bund, den Ländern, anderen Wissenschaftsorganisationen und der Öffentlichkeit. Zu diesem Zwecke werden parlamentarische Veranstaltungen und Diskussionsrunden angeboten, zu welchen auch Mitglieder der Regierung und der Ministerien sowie Bundestagsabgeordnete eingeladen werden. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wissenschaft (z.B. Bürokratieabbau, Umsatzsteuerfreiheit bei wissenschaftlichen Kooperationen) nimmt die Leibniz-Gemeinschaft über Positionspapiere zudem Stellung zu konkreten Regelungsvorhaben. Die gemeinsamen Interessen umfassen:

- die Stärkung der Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedseinrichtungen,
- die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen,
- die Förderung der Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen nationalen, europäischen und internationalen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- die Förderung von Chancengleichheit und Diversität,
- die Förderung der Karriereentwicklung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern insbesondere in einer frühen Karrierephase sowie mit Blick auf unterschiedliche berufliche Werdegänge,
- die Gewährleistung der Forschungsethik insbesondere nach den Grundsätzen Guter Wissenschaftlicher Praxis,
- die Förderung eines interaktiven Transfers wissenschaftlicher Erkenntnis in alle Bereiche der Gesellschaft, der Bereitstellung forschungsbasierter Dienstleistungen und des freien Zugangs zu Forschungsergebnissen und -daten.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. **Neuregelung § 2b UStG**

   Beschreibung:
   - Nutzung der Übergangsfrist von § 2b UStG zur Klärung der mit der Neuregelung verbundenen Folgen für wissenschaftliche Kooperationen
   - Besteuerung von gemeinsamen Berufungen und weiteren Kooperationen in der Wissenschaft verhindern durch Einführung einer Bereichsausnahme für

Forschungskooperationen auf nationaler Ebene oder Einführung einer bereichsspezifischen Steuerbefreiung von Forschungseinrichtungen in der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2410100014** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2410100015** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2607200007** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

2. **Einführung eines Forschungsdatengesetzes**

Beschreibung:
- Schaffung einer bundeslandübergreifenden Regelung zum Datenteilen innerhalb der Wissenschaft und über Sektoren (Wirtschaft, öffentliche Verwaltung, Statistikämter, Gesundheitsdaten etc.) hinweg
- Ermöglichung des Zugangs zu Daten anderer Sektoren, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung weiter auszubauen

- Beseitigung von rechtlichen Unsicherheiten bezüglich des Datenschutzes und des Urheberrechts, die das Datenteilen erschweren
- Etablierung von Treuhandmodellen und einer Treuhandstelle zur Vermittlung zwischen Datengebenden und -nutzenden bzw. Etablierung von Verfahren für das Teilen von Daten zwischen den Sektoren

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzun von Daten für die Forschung
Datum des Referentenentwurfs: 22.12.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2602120004** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

2. **SG2607210005** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

3. **Mitgestaltung des 10. EU-Forschungsrahmenprogramms**

Beschreibung:
- Aufrechterhaltung des Exzellenzprinzips sowohl in der Grundlagen- als auch der angewandten Forschung
- Fokussierung der EU-Förderung auf große gesellschaftliche Herausforderungen und dabei Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Wissenschaft
- Beschluss eines ambitionierten Budgets für das 10. Forschungsrahmenprogramm, das ausschließlich Forschung und Innovation vorbehalten sein soll

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409240011** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Schaffung eines eigenen Tierversuchsgesetzes**

Beschreibung:
1) Einführung eines nationalen Tierversuchsgesetzes
2) Einführung bundesweit angepasster, digitalisierter und einheitlicher Antragsformulare für Tierversuchsvorhaben
3) Verbesserungen bei Genehmigungsverfahren für Tierversuche
4) Es sollte ermöglicht werden, dass Forschungsverbünde ein gemeinsames Tierversuchsvorhaben beantragen (z.B. ein gesamter SFB, Exzellenz- und Schwerpunktprogramme oder Forschungsinstitute).
5) Aktualisierung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV) durch Anpassung an die aktuelle Rechtslage (inklusive EU-Recht).

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2506170032** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.12.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

   Versendet am 03.12.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2607200009** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.05.2026 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

5. **Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen für Forschungs- und Informationsinfrastrukturen**

Beschreibung:
Beschreibung:
Umfangreiche Forschungs- und Informationsinfrastrukturen sind Magneten für die Spitzenforschung, sichern einen Vorsprung in der Technologieentwicklung und erzeugen große wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkungen am Standort. Um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken, muss innerhalb des Sondervermögens Infrastruktur ein definierter Finanzrahmen für umfangreiche Forschungs- und Informationsinfrastrukturen geschaffen werden. Die Auswahl der wissenschaftlich vielversprechendsten und für Deutschland wichtigsten Vorhaben muss in einem turnusmäßigen, wissenschaftsgeleiteten und von Partikularinteressen unabhängigen Auswahlprozess im Dialog mit der Politik erfolgen.

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506170044** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Modernisierung der Regelungen für embryonale Stammzellforschung**

Beschreibung:
Die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen ist in Deutschland stärker eingeschränkt als in fast allen anderen europäischen Ländern. Da nur importierte, häufig

veraltete Zelllinien genutzt werden dürfen, Stichtags- und Herkunftsregelungen zu beachten und zudem komplexe Genehmigungsprozesse notwendig sind, entstehen in einigen Forschungsfeldern (z. B. zellbasierte Therapien) gravierende Nachteile bzw. Verzögerungen für Forschende in Deutschland.

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607210009** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

7. **Schaffung eines wissenschaftsadäquaten Gesetzes zur Arbeitszeiterfassung**

Beschreibung:
Das geltende Arbeitszeitrecht ist nicht ausreichend auf die Besonderheiten wissenschaftlicher Tätigkeit zugeschnitten, etwa die Betreuung von wissenschaftlichen Versuchen oder interkontinentales Arbeiten. Zudem schränkt es die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 GG erheblich ein, indem es Forscher:innen in Deutschland das Forschen außerhalb ihrer Arbeitszeiten arbeitsrechtlich untersagt, auch wenn sie freiwillig weiterarbeiten möchten (z. B. im Rahmen ihrer Promotion).

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

8. **Novellierung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes**

Beschreibung:
In Bezug auf die Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes sollen Ausnahmen vom Besserstellungsverbot erweitert, Spin-Offs und Bauvorhaben beschleunigt und der Anwendungsbereich erweitert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4500 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMFTR [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WissFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607210011** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

9. **Bürokratieabbau Vergaberecht**

Beschreibung:
Unterstützung der geplanten Erleichterungen im Vergaberecht und einer Reduktion der Berichtspflichten. Angestrebt wird eine weitere Anhebung der Schwellenwerte und deren Vereinheitlichung.

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607210027** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

10. **Selbstdeckung/Entscheidungsfreiheit für Abschluss von Versicherungen**

Beschreibung:
Nach Nr. 1.4 ANBest-I dürfen institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im Regelfall (bis auf wenige Ausnahmen, insbesondere bei gesetzlich notwendigen Versicherungen) keine Versicherungen abschließen. Das Prinzip der Selbstdeckung, das dem Wirtschaftlichkeitsgebot entspringt und für die bundesunmittelbare Verwaltung sinnvoll ist, ist jedoch nicht auf die AUF übertragbar. Forschung ist ihrer Natur nach häufig

risikobehaftet, die AUF haben aber keinen finanziellen Spielraum, um diese Risiken im Notfall abzudecken und würden im Schadensfall von den Zuwendungsgebern auch keine Kompensation erhalten. Vorgeschlagen wird, das Versicherungsverbot aufzuheben und den Abschluss von Versicherungen in die Risikoabwägung der AUF zu übertragen.

Interessenbereiche:
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611040004** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

11. **OA-Publikationsbesteuerung vereinheitlichen**

Beschreibung:
Insbesondere bei sog. transformativen Verträgen (etwa den drei großen bundesweiten DEAL-Verträgen), die sowohl Kosten für das Lesen als uach für das Publizieren enthalten, sind Verlage und wissenschaftliche Einrichtungen gezwungen, komplexe und bürokratische Steuer-Splittingmodelle zu entwickeln, um die Doppelrolle von Publizieren (19%) und Lesen (7%) abzubilden. Diese Regelung ist praxisfern, ineffizient und hinderlich für den von Bund, Ländern und Wissenschaft gewünschten Open-Access-Ausbau. Die Allianz empfiehlt daher, die Steuersätze für Lesen und Publizieren in diesem Bereich einheitlich auf 7 % festzulegen.

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611040005** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

12. **Priorisierung von Forschung und Innovation**

    Beschreibung:
    Öffentliche Finanzierung von Lehre, Forschung und Transfer ist kein Zugeständnis an die Wissenschaft. Sie garantiert das, was das Wissenschaftssystem von dem der meisten Wettbewerber unterscheidet: verlässliche Rahmenbedingungen über lange Zeiträume, damit internationale Talente, Kapital und Unternehmen sich für den Standort Deutschland entscheiden. Diese Investitionen müssen deshalb als zentraler Hebel erhalten bleiben.

    Interessenbereiche:
    Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

    Stellungnahmen/Gutachten (1):

    1. **SG2611040007** (PDF - 2 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 24.06.2026 an:

       Bundesregierung
       Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
       Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
       Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

13. **Fortführung von Förderprogrammen in der internationalen Hochschulzusammenarbeit**

    Beschreibung:
    Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen appelliert an die Mitglieder des Bundestages und an die Bundesregierung, im weiteren Haushaltsprozess tragfähige Lösungen zu finden, damit die Zusammenarbeit zwischen deutschen Hochschulen und Partnern im Globalen Süden weiterhin die nötige Unterstützung erhält.

    Interessenbereiche:
    Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

    Stellungnahmen/Gutachten (1):

    1. **SG2611040008** (PDF - 2 Seiten)

       Adressatenkreis:

       Versendet am 29.06.2026 an:

       Bundestag
       Gremien [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
20.001 bis 30.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.**
   Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
   Förderbetrag zur Erfüllung der Aufgaben der WGL

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
8.780.001 bis 8.790.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Bericht-Leibniz-Gemeinschaft-JAP_2025_.pdf